

Pflegepolitische Ausrichtung der Parteien zur Landtagswahl 2023

Antworten der Parteien¹ auf die Wahlprüfsteine des BLPR

¹ Wiedergabe im Wortlaut

1. Personalsituation:

Deutliche und spürbare Verbesserungen der aktuellen Personalsituation in allen Settings pflegerischer Versorgung nötig. Welche konkreten Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur

- **Sicherung der Verweildauer im Beruf Pflege?**
- **konkreten Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vergütung?**

CSU	<p>Wir wollen dringend mehr qualifizierte Fachkräfte in den Pflegeberuf bringen. Dazu brauchen wir eine angemessene Bezahlung und attraktive Rahmenbedingungen. Wir setzen uns für steuerfreie Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie für Zulagen für Springerdienste und Wechselschichten im Pflegebereich ein. So wird die Leistung der Pflegerinnen und Pfleger besser honoriert und den Pflegekräften bleibt „mehr Netto vom Brutto“, ohne die sozialen Sicherungssysteme zu belasten. Der „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ wird auf diese Weise attraktiver. Pflegekräfte, die diese Dienste zu ungünstigen Zeiten sehr belasten, werden so entlastet und können länger in ihrem Beruf verbleiben. Gemeinsam mit den Einrichtungen wollen wir neue Ansätze wie etwa Springermodelle und Springerpools entwickeln und umsetzen. Die Pflegekräfte brauchen verlässliche Dienst- und Schichtpläne. Die durchschnittliche Verweildauer der Pflegekräfte in ihrem Beruf ist zu kurz. Wir setzen uns daher für den Ausbau der Gesundheitsprävention und die weitergehende Finanzierung des betrieblichen Gesundheitsmanagements speziell für die Pflege ein. Wir wollen die „Pflege der Pflegenden“, also ein einrichtungsspezifisches, betriebliches Gesundheitsmanagement, das eine Supervision schon ab der Ausbildung miteinschließt. Um den Fachkräftemangel im Bereich der Pflege abzumildern, sollten wir uns zunächst um diejenigen kümmern, die im Pflegeberuf stehen. Allein durch eine Reduzierung der Fehltag im Pflegebereich auf das Niveau der durchschnittlichen AU-Tage aller Berufsgruppen ergibt sich bundesweit ein Präventionspotential in Höhe von 5,8 Mio. Tagen – was mit knapp 16.000 Pflegestellen korrespondieren würde – ohne zusätzliche Stellen zu schaffen. Wir als CSU sind der Meinung, dass wir uns verstärkt um die Pflegekräfte, die bereits vorhanden sind, kümmern und deren überdurchschnittlich hohen Krankenstand verringern müssen. Wir brauchen daher eine Pflege der aktiv Pflegenden, um sie gesund und arbeitsfähig zu halten.</p>
SPD	<p>Wir als BayernSPD werden den Personalangel in der Pflege mit einem ganzen Maßnahmenbündel angehen. Dazu zählen vor allem die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch gute Bezahlung, zuverlässige Personalplanung, betriebliche Gesundheitsförderung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Zusätzlich werden wir den Bau von Werkwohnungen für Pflegekräfte fördern und massiv ausweiten. Darüber hinaus braucht es eine breitere Einnahmenbasis der Pflegeversicherung, um mehr und besser bezahltes Pflegepersonal finanzieren zu können. Auch die Professionalisierung des Pflegeberufs muss durch weiterführende Ausbildungskonzepte und Mitentscheidungsmöglichkeiten in der Gesundheitspolitik gefördert werden. Zudem wollen wir kurzfristig einen Rückkehrbonus für ehemalige Pflegekräfte als zusätzlichen Anreiz, wieder in den Beruf einzusteigen.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Für uns GRÜNE ist klar: Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Pflege. Für uns bedeutet das, dem Pflegeberuf endlich die Bedeutsamkeit zu geben, die er hat: eine verantwortungsvolle, anspruchsvolle Profession. Gute Pflege gelingt nur mit ausreichend Personal und besseren Arbeitsbedingungen. Ein Pfeiler ist die berufliche und hochschulische Pflegeausbildung attraktiver zu gestalten. Pflegekräfte müssen mehr Kompetenzen, Aufstiegs- und Karrierechancen erhalten. Die Pflege braucht dringend einen Imagewandel: Eine engere Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe auf Augenhöhe und bereits in der Ausbildung ausreichend Zeit und Betreuung während der Praxisphasen sind dafür elementare Bausteine. Mit Familie und Privatleben vereinbare Schichtmodelle sind zu stärken. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen. Und wir GRÜNE nehmen auch die Gesundheit der Mitarbeiter*innen in den Blick.</p>

FDP	Wir fordern eine Fünf-Punkte-Strategie, um die Personalsituation in der pflegerischen Versorgung effektiv anzugehen: Fachkräfte sichern, Ressourcen aktivieren, Fachkräfte zurückholen, Fachkräfte ausbilden und (ausländische) Fachkräfte anwerben. Aus unserer Sicht reicht es gegen den Fachkräftemangel in der Pflege nicht mehr aus, nur auf eine Maßnahme zu setzen. Unter anderem wollen wir durch eine Verbesserung des Pflegeschlüssels dafür sorgen, dass nicht noch mehr Fachkräfte der Pflege den Rücken kehren. Darüber hinaus wollen wir bereits ausgeschiedene Pflegekräfte durch eine Rückholkampagne zur Rückkehr in den Beruf motivieren. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Auch fordern wir die verstärkte Ausbildung von ausländischen Pflegefachkräften in Bayern mithilfe von unbürokratischen Anerkennungsverfahren und fachbezogenen Sprachkursen. Die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen hierfür müssen verbessert werden. Durch mehr Personal in der Versorgung verbessern sich die Arbeitsbedingungen dauerhaft, wodurch sich ebenso die Verweildauer im Beruf erhöht. Zudem wollen wir die Gehaltslücke zwischen der Kranken- und Altenpflege schließen. Die Attraktivität des Berufsbildes wollen wir mit einer Steuerbefreiung auf Zuschläge, der Abschaffung geteilter Dienste, durch die Einführung von trägereigenen Springerpools und einen Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeiten steigern. Darüber hinaus wollen wir durch mehr Karrierechancen das Berufsbild attraktiver gestalten.
Freie Wähler	
2. Pflege-Personal-Bemessungsinstrumente: Einführung Personalbemessungsinstrumente im Bereich Krankenhaus (PPR 2.0) wie auch langzeitstationärer Versorgung (PeBeM). <ul style="list-style-type: none"> • Wie stellt Ihre Partei sicher, dass diese Instrumente keine Alibis darstellen, sondern zur Entlastung der Pflegeberufe und Versorgungssicherung beitragen? 	
CSU	<p>Es muss alles getan werden, dass sich Pflegekräfte auf ihre eigentliche Aufgabe – die Pflege der ihnen anvertrauten Menschen – konzentrieren können. Aus diesem Grund und um die Pflege aufzuwerten, hat der Bundesgesetzgeber mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (PPSG) im Jahr 2018 entschieden, dass die Personalkosten für am Krankenbett tätige Pflegekräfte aus den DRGs ausgegliedert werden und gesondert nach den tatsächlich in jedem einzelnen Krankenhaus entstehenden Kosten von den Kassen refinanziert werden müssen.</p> <p>Wir müssen nun leider beobachten, dass dies mancherorts genau zum gegenteiligen Effekt geführt hat: So werden examinierte Pflegekräfte aktuell für Tätigkeiten eingesetzt, die zuvor von Hilfskräften oder auch anderen Berufsgruppen durchgeführt wurden. Nicht selten wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterer Lohngruppen entlassen und durch Pflegekräfte ersetzt, etwa beim Bettenhol- und -bringdienst, bei der Essensverteilung, bei bürokratischen Zuarbeiten anstelle von Stationssekretärinnen und -sekretären oder - unter dem Schlagwort „mobilisierende Pflege“ - anstelle von Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten. Die Vollfinanzierung der Pflege hat auf diese Weise dazu geführt, dass Pflegekräfte zuvor von anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgeführte Tätigkeiten übernehmen mussten – mit der Folge einer Überlastung und Frustration der Pflegekräfte. Dies verschärft den ohnehin schon dramatischen Mangel an Pflegekräften. Deshalb ist nun wieder der Bundesgesetzgeber gefragt, hier nach zu justieren.</p>
SPD	Wir als Bayern-SPD setzen uns für gute Arbeitsbedingungen in der Pflege ein. Um unsere Pflegekräfte nicht zu überlasten brauchen wir verlässliche Dienstpläne und bedarfsorientierte Personalschlüssel. Dabei sollten Pflegekräfte Mitspracherechte bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen und Dienstplänen haben. Mit der Einführung der Pflegepersonalregelung 2.0 sollen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert und Überlastungen vermieden werden. Seit dem 1. Januar 2023 läuft eine Erprobungsphase. Auf dieser Grundlage sollen den Krankenhäusern in einer Rechtsverordnung Vorgaben zur Personalbemessung erteilt werden. Diese sollen ab 2025 verbindlich sein. Als BayernSPD werden wir die Erprobung und Umsetzung genau beobachten und sie konstruktiv-kritisch begleiten.
Bündnis 90/ Die Grünen	Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für die Einführung bedarfsorientierter Personalschlüssel für Kliniken, stationäre und ambulante Einrichtungen ein. Der Personalschlüssel spielt für eine qualitativ hochwertige Versorgung eine wesentliche Rolle. Aus grüner Sicht wollen wir den künftigen multiprofessionellen Personalmix nicht dem Zufall überlassen. Den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen Versorgung

	<p>der Pflegebedürftigen schaffen wir nur mit einer klaren Strategie. Dazu zählt für uns die Arbeitgeber*innen dabei zu unterstützen die Gesundheitsförderung und– Kompetenz aller Mitarbeitenden in den Einrichtungen zu stärken. In einer Ausbildungsinitiative sehen wir eine weitere zentrale Stellschraube. Das im Dezember 2022 verabschiedete Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfLEG) hat vorteilhafte Änderungen in der Pflege zur Folge: das Instrument PPR 2.0 wird in Stufen und als lernendes Instrument eingeführt.</p>
FDP	<p>Wir begrüßen und befürworten die verbindliche Einführung des Personalbemessungsinstrument PPR 2.0 und des Personalbemessungsverfahrens in der Langzeitpflege. Es ist dringend geboten, durch eine qualifikationsdifferenzierte Arbeitsorganisation den Personaleinsatz neu zu organisieren, um die Rahmenbedingungen und die Arbeitsbelastung in der Pflege spürbar zu verbessern. Die Fähigkeiten und Kompetenzen von Pflegefachkräften sind entscheidend für eine qualitativ hochwertige und effiziente Versorgung von Patienten. Deswegen ist es uns wichtig, die Pflegefachlichkeit kompetenzbezogen und eigenverantwortlich bei der Sicherstellung der Qualität der Pflege und Betreuung zu gewährleisten. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Personalbemessung ist entscheidend, dass die Vorbehaltsaufgaben der Pflegefachkräfte und der notwendige Qualifikationsmix fachgerecht und qualitätsorientiert sichergestellt werden. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass die Interessenvertretung der Pflege zwingend in den Umsetzungsprozess eingebunden werden muss. Zudem wollen wir für mehr Pflegekräfte sorgen, um zu einer spürbaren Entlastung im Pflegebereich beizutragen.</p>
Freie Wähler	
<p>3. Situation Lehrende in den Pflegeberufen: Der Mangel an Pflegepädagog*innen führt u. a. zu Einschränkungen im Ausbildungsangebot. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei</p> <ul style="list-style-type: none"> • hinsichtlich der Attraktivitätssteigerung des Lehrendenberufs? • für verstärkten Ausbau u. Finanzierung digitaler Lehrkompetenzen (Simulationslehre, Medienpädagogik etc.)? 	
CSU	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass alle Träger der praktischen Ausbildung, im Falle einer Übertragung der Organisation der praktischen Ausbildung an eine Pflegeschule, die im Rahmen des Pauschalbudgets für die praktische Ausbildung für diese Aufgabe vorgesehenen Mittel den Schulen vollumfänglich zur Verfügung zu stellen, soweit dies nicht bereits der Fall ist. Nur so können die notwendigen Ressourcen von den Pflegeschulen auch vorgehalten werden, um der übertragenen Aufgabe gerecht zu werden und eine Beeinträchtigung der eigentlichen pädagogischen Kernaufgabe zu vermeiden. Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen bei der Pflegeausbildung konsequent wahrgenommen werden, insbesondere muss die Videopräsenzlehre als gleichwertig anerkannt werden.</p> <p>Wichtig ist zudem, das Lehrpersonal im Bereich der Pflege zu sichern. Deshalb wurde in Bayern mit dem Haushalt 2023 eine Pflegepädagogik-Prämie von bis zu 3.600 Euro pro Pflegepädagogin und Pflegepädagogen geschaffen. Zu den Berechtigten sollen die rund 400 bereits aktiven, aber in Nachqualifizierung befindlichen Pflegekräfte sowie rund weitere 100 neu zu gewinnende Pädagoginnen und Pädagogen gehören.</p>
SPD	<p>Wir als BayernSPD wollen die Zahl der Pflegepädagoginnen und Pflegepädagogen erhöhen. Dazu müssen wir die hochschulische Ausbildung und die Weiterqualifizierung zur Pflegepädagogin bzw. zum Pflegepädagogen attraktiver machen. Entscheidend ist dabei der Ausbau der Ausbildungskapazitäten und eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Dabei sollten auch digitale Formate eine größere Rolle spielen. Als BayernSPD wollen wir insgesamt deutlich mehr in die digitale Aus- und Weiterbildung investieren. Darüber hinaus wollen wir Stipendien für die Aus- und Weiterbildung im Bereich der Pflegepädagogik vergeben. Nicht zuletzt müssen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser dabei unterstützt werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Praxisanleitung einzusetzen und freizustellen.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Wir GRÜNE wollen Lehrer*innen für Pflege unterstützen und die Ausbildung stärken. Was wir dafür in Bayern vermissen, ist ein klare Strategie für den Aufbau notwendiger Studienstrukturen. Dazu gehören in einem ersten Schritt valide Zahlen zum Bestand und zur Altersstruktur, um den zukünftigen Bedarf zu monitorieren. Damit sind weitere Maßnahmen wie bspw. die finanzielle Unterstützung entsprechender Studienplätze verlässlich planbar. Zudem lässt sich neben der Attraktivitätssteigerung auch die Übersichtlichkeit von Qualitätsstandards- und Anforderungen umsetzen (siehe auch Antwort 7). Wir</p>

	GRÜNE setzen auf lebenslanges Lernen. Lehrkräfte müssen die Möglichkeit haben, sich im Bereich der Medienpädagogik hochwertig und gleichzeitig niedrighschwellig weiterbilden zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges Weiterbildungsangebot ein. Moderne Ausbildungsstätten wollen wir fördern.
FDP	Wir wollen die Ausbildungskapazitäten für Pflegepädagogen in Bayern massiv erhöhen, ebenso wie berufsbegleitende Studien- und Weiterbildungsangebote. Eine moderne Ausbildung erfordert zudem eine adäquate Ausstattung der Ausbildungsstätten mit Mitteln für Medienpädagogik, Simulationslehre und zur Förderung digitaler Kompetenzen. Durch diese Investitionen ermöglichen wir den Interessierten einen barrierefreien Zugang zu Bildung und ermöglichen den Ausbildungsstätten, die neuesten Technologien zu nutzen, um eine zeitgemäße Ausbildung anbieten zu können. Dies fördert die Qualität der Pflegepädagogik und hilft, den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften im Pflegebereich zu decken. Die finanzielle Unterstützung für diese Maßnahmen sollte aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, um die Bildung für alle zugänglich zu machen und den Pflegesektor nachhaltig zu stärken.
Freie Wähler	
4. Pflegestudium:	
<ul style="list-style-type: none"> • Welche konkreten Maßnahmen ergreift Ihre Partei für Stärkung des akademischen Bildungsweges in der Pflege, u. a. betreffend Finanzierung der Praxisanleitung, Praxisvergütung und der Praxisbegleitung, sowie Stipendien? 	
CSU	<p>Wenn wir mehr Auszubildende in der Pflege wollen, brauchen wir auch mehr Lehrerinnen und Lehrer. Mehr Fachschulen in der Fläche führen zu wohnortnäheren Ausbildungsangeboten, die die Attraktivität der Ausbildung weiter steigern.</p> <p>Mit höheren Steuerfreibeträgen gerade für die Tätigkeit externer Dozentinnen und Dozenten kann es gelingen, mehr Personal zu generieren – und damit die Ausbildung auf ein breiteres Fundament zu stellen. Fälle, in denen Ausbildungsklassen aufgrund eines Dozentenmangels geschlossen werden, müssen der Vergangenheit angehören!</p> <p>Pflegestudiengänge sind ein wichtiger Baustein, um dem Fachkräftemangel in Bayern entgegenzutreten. Mit unserem Pflege-Stipendium machen wir die akademische Ausbildung an den Hochschulen in Bayern noch attraktiver. Seit dem Wintersemester 2022/2023 können sich Studentinnen und Studenten in sogenannten primärqualifizierenden Pflegestudiengängen ab dem zweiten Semester für das Programm bewerben. Das Stipendium kann für bis zu drei Jahre gewährt werden. Vorgesehen ist ein monatlicher Festbetrag von 600 Euro. Wir werden uns die Einführung einer Vergütung der Studentinnen und Studenten nach dem Vorbild der Hebammenstudienplätze einsetzen, um schon die Hürden für Aufnahmen eines Pflegestudiums abzubauen.</p>
SPD	<p>Wir als BayernSPD wollen die Pflegeausbildung attraktiver machen. Die akademische Pflegeausbildung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Pflegestudiengänge an den Hochschulen müssen finanziell, personell und materiell besser ausgestattet werden. Darüber hinaus muss die Vergütung der Praxiseinsätze der Studierenden geregelt und die Praxisanleitung refinanziert werden.</p> <p>Die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir dabei unterstützen, attraktive Tätigkeitsfelder für die Absolventen und Absolventinnen der Pflegestudiengänge zu schaffen. Die bestehenden Stipendien wollen wir auch auf weiterführende Pflegestudiengänge wie Pflegemanagement, Pflegepädagogik oder Pflegewissenschaften ausweiten. Zudem wollen wir, dass die Praxisvergütung dabei – analog zum Medizinstipendium – nicht auf die Stipendienförderung angerechnet wird.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	Wir GRÜNE begrüßen, dass die Bundesregierung die Vergütung für Studierende des Pflegestudiums einführt. Aus unserer Sicht braucht es weiterhin einen Turboanschub, um die hochschulische Pflegeausbildung voranzubringen. Wir wollen mit einem Förderprogramm für einen zusätzlichen Anschlag bei den Bewerber*innenzahlen sorgen. Außerdem sehen wir in der Praxisanleitung eine Schlüsselrolle während der gesamten Ausbildungszeit. Nötig ist eine Offensive mit allen Akteurinnen bzw. Akteuren: Wir wollen Lernortkooperationen etablieren und Einmündungsprojekte fördern, die die Integration der Pflegefachfrauen- und Männer B.Sc. und die Anleitung deutlich stärken.

FDP	Die Vergütung der Praxiseinsätze und die Finanzierung von Praxisanleitung in der akademischen Pflegeausbildung sind von großer Bedeutung, um die Qualität und Stärkung dieser Ausbildungsform sicherzustellen. Umso erfreulicher ist es, dass die Ampelkoalition auf Bundesebene bereits einen Gesetzentwurf erarbeitet hat, der für alle Studierenden eine angemessene Vergütung für die gesamte Dauer des Studiums vorsieht. Dies ist ein erster wichtiger Schritt zur Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass auch für die Finanzierung der Praxisanleitung eine zukunftsfähige und einvernehmliche Lösung gefunden wird.
Freie Wähler	
5. Gesundheitsreform: <ul style="list-style-type: none"> • Wie steht Ihre Partei dazu, im Rahmen der Reform des Gesundheitswesens der professionellen Pflege neue Rollen zuzugestehen, wie z.B. CHN, Leitung von Einrichtungen nach Level 1² und Steuerung der notwendigen Veränderungen in den ambulanten Versorgungsstrukturen? 	
CSU	Die Pflege wünscht sich zurecht mehr Verantwortung, auch das macht diesen Beruf attraktiver. Deshalb hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag auch im aktuellen Haushalt ein Modellprojekt zur Community Health Nursing (CHN) in Lindenberg eingebracht. Als Gatekeeper nehmen – auf Masterniveau ausgebildete - Community Health Nurses den Erstkontakt mit den Patienten auf und führen die Bedarfsermittlung mittels Anamnese, Assessments und Risikoerhebung durch. Bei Entlassung aus dem Krankenhaus treffen die CHN Vorbereitungen für einen reibungslosen Übergang in die häusliche Versorgung. Bei zunehmender Pflegedürftigkeit leiten die CHN alle Schritte zur Unterstützung Zuhause ein. Die CHN machen Hausbesuche, aber übernehmen nicht die pflegerische Versorgung vor Ort. Eine Evaluation des CHN-Projekts am Beispiel der Stadt Lindenberg ist bereits seitens der Technischen Hochschule Deggendorf vorgesehen. Evaluiert werden sollen unter anderem die Themen Bedarf und Wirksamkeit (Versorgungskontinuität, Arztkonsultationen, Gesundheitszustand) sowie eine sozialraumorientierte Einordnung des Konzepts. Grundsätzlich gilt: In Zeiten des Fachkräftemangels müssen alle Berufsgruppen enger zusammenrücken, es braucht mehr Delegation – auch der Verantwortung. Das gilt für die Pflege, aber auch in den Praxen mit Blick auf die Medizinischen Fachangestellten.
SPD	Wir als BayernSPD begrüßen, dass Pflegekräfte als Leiterinnen und Leiter von Level-1i-Krankenhäusern vorgesehen sind. Hierdurch wird ein neues interessantes und verantwortungsvolles Tätigkeitsfeld für Pflegekräfte geschaffen und der Pflegeberuf insgesamt deutlich aufgewertet. Die hochqualifizierten, teilweise akademisch ausgebildeten Pflegekräfte sind bestens geeignet, die Versorgung und Beratung von älteren Menschen sowie von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen zu übernehmen und zu koordinieren.
Bündnis 90/ Die Grünen	Das oberste Ziel ist eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle – egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Für eine gute Versorgung in allen Teilen Bayerns wollen wir zunächst, Versorgungssituation und Bedarf gründlich ermitteln. Wir unterstützen gemeinsame, intersektorale Planungsansätze. Das Konzept der Gesundheitsregionen Plus entwickeln wir weiter und gehen bestehende Probleme an. Erfolgreiche Projekte verstetigen wir unter der Vermeidung von Doppelstrukturen. Die Community Health Nurse stellt mit einem ganzheitlichen Versorgungsansatz ein qualitativ hochwertiges Zusatz-Angebot dar und kann die medizinische Versorgung in Bayern stärken.
FDP	Wir setzen uns für die Übernahme von ärztlichen Tätigkeiten durch erfahrenes Pflegepersonal ein. Wir wollen diese Kompetenzen dauerhaft und rechtssicher bei den Pflegefachkräften verankern. Die Substitution und Delegation von definierten ärztlichen Leistungen an Pflegefachkräfte, vor allem mit akademischer Ausbildung, ist uns ein großes Anliegen.
Freie Wähler	

² Im Eckpunktepapier zur Krankenhausreform war zum Zeitpunkt der Konzeption und Einreichung der Wahlprüfsteine die pflegerische Leitung von Einrichtungen nach Level 1i noch in der Diskussion.

6. Einbezug der Expertise Pflegefachberufe: Die Profession Pflege stellt eine zentrale Säule des Gesundheitswesens dar (kein Kosten- bzw. Defizitfaktor). <ul style="list-style-type: none"> • Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei um entsprechend qualifizierten Pflegefachpersonen Heilkundeübertragung und • Verordnungserlaubnis für Pflegehilfsmittel zu ermöglichen? 	
CSU	Die Heilkundeübertragung stellt eine neue Form der Zusammenarbeit von Pflegefachpersonen und Ärztinnen und Ärzten dar. Wir befürworten die Modellvorhaben zur Erprobung der Ausübung von bisher ärztlichen Tätigkeiten, die eine selbstständige/eigenverantwortliche Ausübung von Heilkunde beinhalten durch Pflegekräfte mit einer Zusatzqualifikation nach § 14 Pflegeberufegesetz. Mit Anpassung der Heilkundeübertragung würden wir uns auch dem internationalen Standard in der Pflege annähern und auch interessanter werden für ausländische Fachkräfte.
SPD	Gesetzliche Krankenkassen und Leistungserbringer sollen auf Landesebene im Rahmen von Modellvorhaben bestimmte ärztliche Tätigkeiten auf ausgebildete Pflegekräfte zur selbständigen Ausübung übertragen. Wir als Bayern-SPD wollen solche Modellvorhaben fördern und langfristig in die Regelversorgung überführen. Wir sind der Überzeugung, dass Pflegekräfte mehr Verantwortung in der Versorgung bekommen sollten. Dafür brauchen sie Entlastungen an anderer Stelle. Hochqualifizierte, zum Teil akademisch ausgebildete Pflegekräfte sollten sich um die Versorgung und Beratung von älteren Menschen sowie von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen kümmern.
Bündnis 90/ Die Grünen	Gute Pflege gelingt nur mit ausreichend Personal und besseren Arbeitsbedingungen. Wir wollen ärztliche Leistungen auf qualifizierte Pflegefachpersonen übertragen. Das erhöht die Berufszufriedenheit, verbessert insbesondere in Pflegeheimen die Versorgungsqualität der Bewohner*innen und minimiert die Einweisungsquote in Krankenhäuser.
FDP	Um professionell Pflegende in ihrer Fähigkeit, die Gesundheit der Menschen zu fördern, bestmöglich zu unterstützen, setzen wir uns für eine Erweiterung der Vorbehaltsaufgaben für Pflegefachkräfte ein. Pflegekräfte müssen ihre Kompetenzen vollständig einsetzen können, um eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Pflegefachkräfte heilkundliche Aufgaben übernehmen sowie Pflegehilfsmittel verordnen können. Damit wird die Effizienz und Effektivität der Pflege verbessert und die Autonomie und Selbstbestimmung der Bürger durch einen einfacheren Zugang zu benötigten Pflegeleistungen gefördert. Darüber hinaus ist es wichtig, die Pflegefachkräfte dafür angemessen zu vergüten. Mit einer Erweiterung der Vorbehaltsaufgaben sehen wir die Attraktivität des Pflegeberufes gesteigert. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen nach einer guten und niederschweligen gesundheitlichen Versorgung im Mittelpunkt. Pflegefachkräfte können mit ihrer pflegefachlichen Kompetenz einen wichtigen Beitrag bei der Versorgung der Bevölkerung leisten.
Freie Wähler	
7. Entwicklung Pflegewissenschaft: Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf eine Akademisierungsstrategie der Pflege in Bayern bzgl. <ul style="list-style-type: none"> • Etablierung von universitären Lehrstühlen Pflegewissenschaft, • Förderung der Pflegeforschung, • Qualifizierung des akademischen Nachwuchses? 	
CSU	Ohne gute Ausbildung ist gute Pflege nicht möglich. Nur eine solide, praxisorientierte Ausbildung kann zukünftige Pflegerinnen und Pfleger auf ihren stationären oder ambulanten Arbeitseinsatz vorbereiten. Pflege darf nicht exklusiv sein, jeder fehlende Berufseinsteiger ist einer zu viel. Dazu kommt: Die Kernkompetenzen der Pflege sind und bleiben praktischer Natur. Die Pflegeausbildung trägt dieser Tatsache auf fachlich hohem Niveau Rechnung. Wir lehnen eine vollständige Akademisierung der Pflege ab, da so ein Großteil des Nachwuchses ohne Hochschulzugangsberechtigung ausgeschlossen wird. Sinnvoll wäre eine angemessene Ausgestaltung der Akademisierung, die der notwendigen Professionalisierung vor allem bei den konzeptionellen

	<p>Anforderungen Rechnung trägt. Durch die Akademisierung müssen auch ein höherer Wissensstand sowie eine höhere praktische Kompetenz entstehen. Klar ist: Wir wollen keine Akademisierung weg vom Bett!</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass die akademischen Qualifikationen der zuwandernden Fachkräfte automatisch anerkannt werden.</p> <p>Mit unserem Pflege-Stipendium machen wir die akademische Ausbildung an den Hochschulen in Bayern noch attraktiver. Seit dem Wintersemester 2022/2023 können sich Studentinnen und Studenten in sogenannten primärqualifizierenden Pflegestudiengängen ab dem zweiten Semester für das Programm bewerben. Das Stipendium kann für bis zu drei Jahre gewährt werden. Vorgesehen ist ein monatlicher Festbetrag von 600 Euro.</p> <p>Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen bei der Pflegeausbildung konsequent genutzt werden, insbesondere muss die Videopräsenzlehre als gleichwertig anerkannt werden.</p>
SPD	Wir als BayernSPD wollen die Pflegeausbildung attraktiver machen. Die akademische Pflegeausbildung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Pflegestudiengänge an den Hochschulen müssen finanziell, personell und materiell besser ausgestattet werden. Darüber hinaus muss die Vergütung der Praxiseinsätze der Studierenden geregelt und die Praxisanleitung refinanziert werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Der Pflegeberuf kennt viele unterschiedliche Qualifikationen – von der Helferausbildung bis zur Promotion. Diese Vielfalt der Pflege ist positiv und werden wir stärken. Neben der beruflichen Ausbildung muss es darum gehen, das Pflegestudium in Bayern attraktiver zu gestalten und die Pflegeexpertise entsprechend zu nutzen. Neue Verantwortungsstrukturen in der Pflege haben angesichts des Fachkräftemangels auch großes Potenzial neue Interessent*innen für den Beruf hervorzubringen. Wir GRÜNE wollen eine universitäre Fakultät für Pflegewissenschaften in Bayern einrichten und somit auch die Grundlagenforschung in der Pflege voranbringen. Wir werden die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses fordern und fördern. Dazu gehört der Aufbau eines Portfolios an Lehrangeboten und die Anerkennung des Berufs der Pflege als Profession, um damit auf Augenhöhe mit anderen medizinischen Berufen agieren zu können.
FDP	Wir unterstützen den Ausbau von pflegewissenschaftlichen Lehrstühlen an Hochschulen und Universitäten. Durch zusätzliche Lehrstühle wird die Forschung und Lehre im Bereich der Pflegewissenschaft gestärkt, wodurch das Verständnis für die Bedeutung der Pflege in der Gesundheitsversorgung gefördert wird und neue Erkenntnisse zur Verbesserung der Pflegepraxis generiert werden können. Für uns ist die Förderung der Pflegeforschung von großer Bedeutung, um die Qualität der Pflege in Deutschland kontinuierlich zu verbessern. Die Finanzierung von Forschungsprojekten sollte auf jeden Fall auch aus Landesmitteln erfolgen. Insgesamt ist eine Stärkung der akademischen Pflegeausbildung, einschließlich der Vergütung der Praxiseinsätze, dem Ausbau von pflegewissenschaftlichen Lehrstühlen, der Förderung von Pflegeforschung und der Qualifizierung des akademischen Nachwuchses, von zentraler Bedeutung. Durch diese Maßnahmen kann die Pflege zu einer anerkannten und hochwertigen akademischen Disziplin werden, die zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung beiträgt und den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten gerecht wird.
Freie Wähler	
<p>8. Berufliche Selbstverwaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei um der Profession Pflege Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte, sowie Teilhabe an Entscheidungen im Rahmen beruflicher Selbstverwaltung zukünftig einzuräumen, damit sie u.a. auf Augenhöhe mit anderen Heilberufen (Kammern) agieren kann? 	
CSU	Derzeit gibt es in Bayern die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ (VdPB) als Standesvertretung. Die VdPB ist als freiwilliges Modell (Modell ohne Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträge) ausgestaltet worden. Die VdPB arbeitet in wichtigen Gremien, im Dialog mit der Politik und auf Augenhöhe mit Heilberufe-Kammern.

	Wir haben uns das Thema der Selbstverwaltung in der Profession Pflege erneut auf die Agenda gesetzt und werden im Rahmen der Novellierung des Pflegendenvereinigungs-gesetzes (PflegeVG) einen neuen Vorschlag erarbeiten. Hier gehört auch die Pflichtregistrierung der Pflegenden dazu.
SPD	Wir als BayernSPD setzen uns für eine Reform der Vereinigung der Pflegenden in Bayern ein. Trotz Beitragsfreiheit sind nur rund 3.000 der schätzungsweise 167.000 Pflegekräfte in Bayern Mitglied der Vereinigung. Eine Reform ist daher dringend notwendig. Die Vereinigung muss ihre zentralen Aufgaben in Fort- und Weiterbildung, Mitwirkung auf politischer Ebene und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards auch tatsächlich erfüllen können. Daher muss die Arbeit der Vereinigung weiterhin begleitet und überprüft werden. Sollte sich abzeichnen, dass die Vereinigung die ihr zugedachten Aufgaben nicht erfüllen kann, muss erneut über die Errichtung einer Pflegekammer in Bayern nachgedacht werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Wir GRÜNE wollen eine echte Selbstverwaltung und Mitspracherechte für Pflegekräfte. Deshalb ist eine bayerische Pflegekammer der einzig richtige Weg. Die 2017 gegründete Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) ist für uns kein Ersatz für eine Pflegekammer. Sie stellt für uns keine Selbstverwaltung dar, denn sie kann nicht auf Augenhöhe mit der Ärzteschaft agieren und ist finanziell von der Haushaltslage des Freistaates abhängig. Die Profession Pflege bleibt in Bayern weiter fremdbestimmt. Um den Weg zur pflegerischen Professionalisierung zu ebnen und pflegerische Aufgaben- und Kompetenzprofile zu definieren, werden wir die Vereinigung der Pflegenden in Bayern zu einer Pflegekammer ausbauen. Damit werden Pflegende in ihrer politischen Einflussnahme gestärkt.
FDP	Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass die Profession Pflege mitbestimmende und mitgestaltende Rechte erhält und vollständig in Entscheidungen im Rahmen der beruflichen Selbstverwaltung einbezogen wird. Wir sind der Überzeugung, dass Pflegekräfte auf Augenhöhe mit anderen Heilberufen wie beispielsweise Ärzten agieren sollten. Im Zuge der Krankenhausstrukturreform sehen wir auch die Notwendigkeit, die Profession Pflege z. B. im Krankenhausplanungsausschuss in Bayern als stimmberechtigtes Mitglied aufzunehmen. Über die Einsetzung einer Pflegeberufekammer sollen nach unserer Auffassung, die beruflich Pflegenden selbst entscheiden. Eine Verkammerung sollte nicht von der Politik oktroyiert werden, sondern durch eine repräsentative Umfrage nach Mehrheitsmeinung innerhalb der Berufsgruppe entschieden werden.
Freie Wähler	

Stand August 2023

Information und Kontakt

Bayerischer Landespflegerat (BLPR)

Vorsitzende Frau Generaloberin Edith Dürr
Schwesternschaft München vom BRK e.V.

Rotkreuzplatz 8
80634 München

www.bayerischer-landespflegerat.de